Tägliches Cincinnatier Volksblatt.

Herausgegeben von der Cincinnati Volksblatt Compagnie, No. 127 Ost Siebente Straße, nahe der Main Straße.

78. Jahrgang. Cincinnati, Samstag, den 25. Juli 1914. Preis 2 Centz. No. 177

Wetterbericht.

Für Ohio, Indiana und das westliche Pennsylvanien: Theilweise trübes Wetter am Samstag und Sonntag.

Ausland-Telegraph

Sehr kriegerisch

Sieht die Lage in Europa infolge des Ultimatums aus,

Das Oesterreich-Ungarn der serbischen Regierung zugestellt hat.

Man glaubt, daß Serbien eine ausweichende Antwort geben wird.

Oesterreich scheint aber entschlossen, den unerträglichen Zuständen ein für alle Mal ein Ende zu machen.

Und hat seinen Gesandten in Belgrad angewiesen, am Samstag Abend mit seinem ganzen Stab abzureisen,

Wenn bis um sechs Uhr Abends Serbien nicht eingewilligt hat, alle Forderungen zu bewilligen.

Die deutsche Regierung deutet an, daß sie Oesterreich unter allen Umständen beistehen wird.

Rußland wird am Samstag eine Entscheidung darüber treffen, was es in der Sache thun wird.

Die österreichisch-serbischen Beziehungen.

Berlin, 24. Juli. In hiesigen offiziellen Kreisen ist man sich wohl bewußt, welch' ernste Folgen die scharfe von Oesterreich an die serbische Regierung gerichtete Note haben kann, in welcher die Unterdrückung der panserbischen Bewegung und die Bestrafung derer verlangt wird, die an der Verschwörung zur Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand betheiligt waren. Die Note ist thatsächlich nichts mehr und nichts weniger als ein Ultimatum. Man ist sich hier vollkommen bewußt, daß eine Krisis unvermeidlich sein wird, wenn Serbien die Forderungen Oesterreichs nicht bewilligt.

In autoritativen Kreisen ist man übrigens der Ansicht, daß die Serben nachgeben werden, wenn sie nicht von einer anderen Macht unterstützt werden, und aus diesem Grunde sind die offiziellen Augen von hier aus jetzt weniger auf Belgrad als auf St. Petersburg gerichtet, wo der Ministerrath wahrscheinlich über Krieg oder Frieden entscheiden wird.

Es wurde während des Tages die Erklärung abgegeben, daß Deutschland wegen der Note Oesterreichs an Serbien nicht zu Rathe gezogen wurde, daß Deutschland aber den gethanen Schritt rückhaltslos gutheißt, und bereit ist, alle Folgen zu tragen, die der Schritt eventuell nach sich ziehen könnte

Es wurde ferner erklärt, daß wenn Rußland die Partei Serbiens gegen Oesterreich nehmen würde, Deutschland seinerseits keinen Augenblick zögern würde, seinem Alliirten zu Hilfe zu kommen, wie es unter dem Dreibundsvertrag verpflichtet ist, es zu thun.

Die deutschen Zeitungen stellen sich alle auf die Seite Oesterreichs. Solch' radikale Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung", die mit der Finanzwelt enge Fühlung haben und in der Regel sehr friedlich gestimmt sind, halten die scharfe Note Oesterreichs für vollständig gerechtfertigt. Und auch solche Zeitungen, wie die „Zeitung am Mittag" und die „Vossische Zeitung", die so schnell die Stimmung des Volkes erfassen, sind ganz entschieden für Oesterreich.

Kurse an der Börse gingen in Folge der Furcht voll allgemeinen europäischen Komplikationen während des Tages stark zurück. Bankaktien erster Klasse, wie diejenigen der Deutschen Bank von Berlin, gingen um zwei Punkte zurück und andere gute Aktien um drei bis vier Points, bis die Banken eine weitere Demoralisation des Marktes verhinderten. Es waren aber schon große Posten von Aktien verkauft worden, und der Rückgang von russischen und österreichischen Papieren nahm fast die Form einer Panik an. Die Aktien der Orient-Eisenbahn und die türkischen Tabak-Papiere fielen zehn Points; russische Petroleum-Aktien 16 und russische Bankaktien 7 bis 11 Punkte. Auch die Schwäche der russischen und österreichischen Regierungsbonds deuteten den Ernst der Situation an.

Mit Ausnahme der „Post" heißen alle Berliner Nachmittagszeitungen den Schritt gut, den Oesterreich gethan und sie alle stimmen darin überein, daß er nöthig war, um der Kampagne des Meuchelmords und des Verraths ein Ende zu machen. Sie alle geben Oesterreich die Versicherung, daß es, wenn nöthig, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könne.

Nur die „Post" greift Oesterreich an, weil es in leichtsinniger Weise den Frieden Europas störe, und sie verlangt, daß Oesterreich der serbischen Regierung längere Zeit für die Beantwortung der Note geben solle.

Köln, 24. Juli. Eine von Berlin aus inspirirte Depesche der „Kölnischen Zeitung warnt die Regierungen Europas, die Presse und die öffentliche Meinung vor der Gefahr, die eine Ermuthigung Serbiens im Gefolge haben würde. Die Zeitung sagt, daß es im Interesse des Friedens von der größten Wichtigkeit sei, daß die Stimmen Europas Serbien warnen, daß es sich den gerechten Forderungen Oesterreichs unterwerfe, und sie schließt mit der bedeutungsvollen Bemerkung, daß wenn irgend eine dritte Macht versuchen sollte, Serbien zum Widerstand aufzureizen, der Konflikt aufhören würde, ein rein österreichisch-serbischer zu sein.

Wien, 24. Juli. Alle im Ausland lebenden österreichischen und ungarischen Reservisten haben am Freitag Befehl erhalten, sich in Bereitschaft zu halten, um sich sofort zu ihren Regimentern zu begeben.

Paris, 24. Juli. Wie die französische Presse im Allgemeinen über die Note Oesterreichs an Serbien urtheilt, spiegelt in einem Leitartikel der „Temps" wieder. Die Zeitung sagt, daß das Dokument mit Bezug auf Arroganz und Unbegrenztheit der Forderungen ohne Gleichen sei, und fügt hinzu, daß es mit der Unabhängigkeit Serbiens zu Ende sein würde, wenn Serbien Oesterreich erlauben würde, Polizeigewalt in Serbien auszuüben.

Die Zeitung schlägt vor, daß Oesterreich und Serbien in eine internationale Kommission willigen sollten, die unter den Regeln des Haager Tribunals den Streit schlichten solle, da dieser bereits ein europäischer geworden sei. Sie sagt, daß, wenn England und Rußland die gefährliche Dogger-Bank-Affaire während des russisch-japanischen Krieges einem internationalen Schiedsgericht überweisen konnten, auch Oesterreich und Serbien ihre Differenzen einer solchen Kommission unterbreiten könnten.

Bei der Dogger-Bank-Affaire handelte es sich darum, daß russische Kriegsschiffe in der Nordsee auf eine englische Fischerflotille feuerten, die sie für japanische Torpedoboote hielten. Der dadurch entstandene Streit wurde durch eine internationale Kommission, die in Paris zusammentrat, geschlichtet.

St. Petersburg, 24. Juli. Die österreichisch-serbische Situation wurde am Freitag vom Kabinet in einer vier Stunden langen Sitzung in Erwägung gezogen. Es wird versichert, daß als Folge der Berathung Rußland sofort die österreichische Regierung ersuchen werde, die Zeit, die Oesterreich Serbien gegeben hat, um auf sein Ultimatum zu antworten, zu verlängern, so daß die europäische Diplomatie Gelegenheit erhalte, zu handeln.

Die offizielle Ansicht geht dahin, daß wenn Oesterreich sich weigern sollte, die Zeit zu verlängern, Rußland zu extremen Maßregeln schreiten werde. Man ist hier der Ansicht, daß der Streit den europäischen Mächten hätte unterbreitet werden sollen, deren Entscheidung Serbien sich bereitwilligst unterworfen haben würde.

Ehe eine endgültige Entscheidung gegeben wird, wird noch einmal ein Kabinetsrath unter dem Vorsitz des Kaisers Nikolaus abgehalten werden.

London, 24. Juli. Durch die österreichisch-serbische Kontroverse ist ein für die europäische Diplomatie sehr ernste Lage geschaffen worden. Wenn sie nicht mit großer Vorsicht behandelt wird, dann ist es mehr als wahrscheinlich, daß auch noch andere Mächte hineingezogen werden. Der Regierung in Belgrad ist von der österreichisch-ungarischen Regierung ein Ultimatum zugestellt worden, das in fast unerhört scharfer Weise abgefaßt worden ist, und in dem der serbischen Regierung und dem serbischen Volk direkt die Schuld für die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, in Sarajewo, zugeschrieben wird. Satisfaktion wird innerhalb 48 Stunden verlangt.

In den europäischen Hauptstädten ist man allgemein der Ansicht, daß die serbische Regierung diese demüthigenden Bedingungen, wie sie in dem Ultimatum enthalten sind, nicht erfüllen kann, denn wenn sie es thun würde, würde dies ein Eingeständniß ihrer Schuld sein. Die russische Regierung hat deshalb schon beschlossen, einen Aufschub für die Beantwortung des Ultimatums für Serbien zu erlangen.

Wenn es den Mächten nicht gelingen sollte, den drohenden Krieg zu verhindern, dann wird die europäische Diplomatie Alles aufbieten, um ihn zu lokalisiren. Montenegro hat sich bereit erklärt, Serbien beizustehen, im Falle es von Oesterreich angegriffen werden sollte. Dies würde sicherlich wieder den ganzen Balkan in den Krieg hineinziehen.

Die serbische Regierung hat den Text des Ultimatums noch nicht in Belgrad veröffentlicht.

Belgrad würde keine 24 Stunden gegen die Forts von Semlin und die österreichischen Kanonenboote auf der Donau aushalten können und es wird schon hier behauptet, daß die serbische Regierung im Falle eines Krieges sich ins Innere zurückziehen werde, entweder nach Nisch oder nach Uskub.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird Deutschland die Einmischung einer dritten Partei in die österreichisch-serbische Angelegenheit nicht gestatten.

Wie verlautet, wird Präsident Poincaré von Schweden aus sofort nach Paris zurückkehren. Auch soll der deutsche Kaiser schon in nächster Woche nach Berlin zurückkehren, anstatt am 8. August, wie er zuerst beabsichtigt hatte.

Wien, 24. Juli. Obgleich der peremptorische Charakter des an Serbien gestellten Ultimatums und die kurze Zeit, die Serbien zur Antwort gegeben wurde, eine Ueberraschung für das österreichische Volk brachte, wird das Vorgehen der Regierung im ganzen Lande gutgeheißen. Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien waren unerträglich geworden. Seit den Erfolgen Serbiens im letzten Balkankrieg kannte die Arroganz der Serben keine Grenzen mehr.

Man glaubte in Serbien, daß die Zeit für den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie reif sei und Oesterreich sich alles gefallen lassen würde, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Die serbischen Staatsmänner glaubten, daß nun die Zeit gekommen sei, um Bosnien und andere slawische Provinzen Oesterreichs unter die Herrschaft Serbiens zu bringen.

Der schlechte Geschäftsgang in der Monarchie und die große Steuerlast, die durch wiederholte Mobilisationen verursacht wurde, wurden allgemein den Hetzereien und Intriguen der Serben zugeschrieben, und man freut sich wirklich, daß diesen unhaltbaren Zuständen jetzt ein Ende gemacht wird und die Zeit der Abrechnung gekommen ist.

Man glaubt, daß der serbische Kronprinz, der jetzt an Stelle seines kranken Vaters regiert, unter dem Einfluß der Kriegspartei steht und das Ultimatum zurückweisen wird.

Sämmtliche Mitglieder des österreichischen Kabinets sind nach Wien zurückgekehrt. Auch der Kaiser Franz Joseph wollte hierherkommen, er ist aber überredet worden, wegen der furchtbaren Hitze in Ischl zu bleiben. Graf Leopold von Berchtold, der Minister des Aeußeren, wird sich am Samstag zu dem Kaiser nach Ischl begeben.

Die offiziellen Zeitungen erklären, daß die Regierung sich weigern wird die Zeit für die Beantwortung des Ultimatums zu verlängern, und daß Oesterreich eine Einmischung anderer Mächte nicht gestatten wird. Oesterreich erklärt, daß es ihm nicht daran gelegen ist, neues Gebiet zu erwerben, es aber den Träumen von einem „Großserbien" ein für alle Mal ein Ende machen will, da die großserbische Agitation die Sicherheit der Monarchie gefährde.

St. Petersburg, 24. Juli. — Das offizielle Journal veröffentlichte am Donnerstag die folgende Bekanntmachung mit Bezug auf die Kontroverse zwischen Oesterreich und Serbien:

„Die kaiserliche Regierung beschäftigt sich in ernster Weise mit dem Ultimatum, das Oesterreich-Ungarn der serbischen Regierung zugestellt hat. Rußland kann in dieser Angelegenheit nicht gleichgültig zuschauen."

Belgrad, 24. Juli. — Der Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien wurde hier erst am Abend durch österreichische Zeitungsberichte bekannt, und verursachte eine riesige Sensation. Das Kabinet hielt während des Tages eine Sitzung ab und wird am Samstag Morgen nochmals zusammenkommen. Man glaubt, daß es eine ausweichende Antwort geben wird.

Rußland bereit Serbien beizustehen.

St. Petersburg, 24. Juli. — In dem am Freitag stattgefundenen Ministerrath gab der Premier Sasanow eine Uebersicht über die serbische Krisis, während der Kriegsminister Suthomlinow Auskunft über den Zustand der russischen Armee gab. Die anderen Minister sprachen über die inneren Angelegenheiten und die Arbeiterunruhen.

Der Ministerrath kam zu der Ansicht, daß die innere Lage Rußlands nicht ernst genug sei, um es Rußland zu gestatetn, Serbien seinem Schicksal zu überlassen. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich Rußland jetzt in weit besserer militärischer Verfassung befinde als im Jahre 1902 vor dem Kriege mit Japan; daß es jetzt 31 Armeekorps habe und die beste moderne Artillerie.

Die Minister waren übereinstimmender Ansicht, daß eine Nation mit günstigen Finanzen und einer solchen Armee die Demüthigung eines befreundeten Staates nicht zugeben dürfen, und daß das Vorgehen Oesterreichs nur als eine Herausforderung an Rußland angesehen werden könne. Der Premier Sasanow sagte, daß darauf nur eine Antwort gegeben werden könne.

Die Minister drückten auch die Absicht aus, daß wenn Bulgarien es wagen sollte, Oesterreich beizustehen, es von Rumänien angegriffen werden würde.

Ein Cigaretten-Monopol

Wird wahrscheinlich nicht von der deutschen Regierung etablirt werden.

Das dazu erforderliche Kapital zu groß.

Ein Schulknabe begeht wegen der Mißhandlung seitens seines Lehrers Selbstmord.

Fürst Wilhelm von Albanien erhält weitere finanzielle Unterstützung,

Die es ihm vielleicht doch ermöglicht, seinen Thron zu behaupten.

Rumänische Freiwillige strömen nach Albanien.

Die Streikkrawalle in St. Petersburg

Werden jetzt vom Militär schnell unterdrückt.

Janet Arthur, die Suffragette, die Robert Burns Haus in Ayr, Schottland, zerstören wollte,

Ist Janet Parker, eine Verwandte des Feldmarschalls Earl Kitchener.

Keine Einigung betreffs der Home Rule-Vorlage in England.

Aus dem Deutschen Reich.

Berlin, 24. Juli. Die von der „Täglichen Rundschau" gebrachte Meldung, daß die Reichsregierung zur Vertreibung des amerikanischen Tabakstrusts die Schaffung eines Cigaretten-Monopols plane, findet in den interessirten Kreisen keinen Glauben und wird als sehr unwahrscheinlich bezeichnet. Daß die Regierung ein solches Monopol wünscht, wird nicht bezweifelt, aber man hält es beinahe für ausgeschlossen, daß sie die Verwirklichung des Planes versuchen wird, da die Kosten zu groß wären. Es müßten nämlich an etwa 1500 Fabriken und Firmen Ablösungen und Entschädigungen bezahlt werden, die zusammen mindestens eine Milliarde Mark ausmachen würden.

Was die Lustbarkeitssteuer einbringt.

Die vielgeschmähte Lustbarkeitssteuer erweist sich als eine reiche Einnahmequelle für den Staat. Aus dem heute veröffentlichten Jahrbuch des Statistischen Landesamts geht hervor, daß der Ertrag der Steuer im Rechnungsjahr 1912—1913 in Preußen über elf Millionen Mark betrug. Den größten Betrag bezahlte natürlich die lebenslustige Reichshauptstadt, nämlich rund 3,500,000 Mark. Dann folgen in weiten Abständen die Provinzen Westfalen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg (ohne Berlin), Hannover, Hessen-Nassau, die Rheinprovinz usw. Ganz zuletzt kommen die Hohenzollernschen Lande, die als Steuer für ihre Lustbarkeiten nur ganze 549 Mark bezahlten.

Ein Kuriosum ist, daß das benachbarte Lichtenberg überhaupt keine Lustbarkeitssteuer entrichtete, trotzdem dieselbe in den übrigen Berliner Vororten 324,700 Mark betrug.

Knabe durch Brutalität eines Lehrers zum Selbstmord getrieben.

Großes Aufsehen erregt der Selbstmord des 13jährigen Volksschülers Wilde in Quartschen, einem Pfarrdorf im benachbarten Regierungsbezirk Frankfurt. Der Knabe, der einzige Sohn einer Wittwe, ertränkte sich in der Mietzel, einem Nebenfluß der Oder, an welchem das Dorf Quartschen liegt, da er die Behandlung des Lehrers Parlow nicht länger ertragen konnte.

Der Schüler Wilde war von dem Lehrer, als er zum Schulbesuch zu spät erschien, zu Boden geschmettert worden. Parlow soll auf dem am Boden liegenden Schüler gekniet und ihn erbarmungslos mit beiden Fäusten bearbeitet haben, obwohl er sehen mußte, daß Wilde durch das Aufschlagen mit dem Hinterkopf auf den Fußboden ohnmächtig geworden war.

Nachdem die Leiche des Knaben gelandet worden war, sammelte sich eine große Menschenmenge vor der Wohnung des Lehrers an und wartete auf sein Erscheinen. Als er schließlich zum Haus heraustrat, wurde er von den erbosten Ortsbewohnern angegriffen. Die vorgesetzte Behörde erhielt unverzüglich Kenntniß von dem Verhalten des Lehrers Parlow, worauf er suspendirt und das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wurde.

Wegen Majestäts-Beleidigung verurtheilt.

Der Leitartikler des sozialistischen Parteiorgans „Vorwärts", Redakteur Scholz, wurde heute wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

Das Gericht sah die Beleidigung in einem Leitartikel über den Schluß des Reichstags, als die Sozialdemokraten beim üblichen Hoch auf den Kaiser sitzen blieben. Daran hatte Scholz die Bemerkung gemacht, das Junkerthum kniee vor dem Kaiser wie vor einem Götzen. Der Ausdruck „Götze" führte zur Einleitung gerichtlicher Schritte gegen den Schreiber des Artikels, die heute mit der Verurtheilung endeten. Für den Redakteur Scholz ist die Verurtheilung nichts Neues, da er als sogenannter „Sitzredakteur" des „Vorwärts" schon verschiedene Male Haftstrafen verbüßt hat.

Geflüchteter Kassirer hat nichts unterschlagen.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, stimmen die Bücher des aus der rheinischen Kreisstadt Saarburg geflüchteten Kassirers Toussant der dortigen Sparbank durchaus. Toussaint hatte in einer Selbstanzeige sich der Unterschlagung einer Viertelmillion bezichtigt. Eine sofortige Nachprüfung der Bücher ergab jedoch, daß die Bücher korrekt und kein Fehlbetrag zu entdecken war. Touaint ist nervenleidend und hat wahrscheinlich im Zustande geistiger Unzurechnungsfähigkeit die Selbstanzeige erlassen und seine Flucht inszenirt.

Festspiele am Kyffhäser-Denkmal.

Von einem hier gebildeten Kommittee werden großartige Festspiele am Kyffffhäuser-Denkmal vorbereitet. Als Leiter derselben ist der Regisseur Oskar Orth, vom Stadttheater in Bern gewonnen worden. Für die Festspiele hat das Kommittee Heinrich v. Kleists „Hermannsschlacht" gewählt und das gewaltige Schauspiel soll in einer Weise aufgeführt werden, wie es nie vorher gesehen worden ist.

Großglockner wird nicht verkauft.

Der Protest der deutschen und österreichischen Touristenwelt gegen die Absperrung des Großglockners hat gewirkt. Wie heute von Klagenfurt gemeldet wird, hat der Bochumer Multimillionär Willers, der den Berg und sein Gebiet kaufen wollte und bereits eine bedeutende Anzahlung gemacht hatte, den Kauf nun doch nicht abgeschlossen, sondern den vereinbarten Termin verstreichen lassen.

Ein Geistlicher verurtheilt.

Von der Strafkammer in Augsburg wurde heute der Pfarrer Geisenfelder aus Haunstetten zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Der Geistliche war angeklagt, sich an Kindern im Alter von neun bis zu zwölf Jahren, denen er Religionsunterricht ertheilte, vergangen zu haben.

Fürst Wilhelm erhält Geld für Aufrechterhaltung seines Thrones.

Wien, 24. Juli. Fürst Wilhelm von Albanien wird den Kampf um seinen Thron, den er schon fast aufgegeben hatte, bis zum Aeußersten fortsetzen. Das wird ihm dadurch möglich gemacht, daß ihm Oesterreich und Italien gemeinsam mehrere Millionen Kronen liefern.

Der bekanntlich von mehreren Wochen nach Bukarest geflohenen Gemahlin ist es gelungen, die Rumänen für seine Sache zu begeistern. Heute sind 260 rumänische Freiwillige in Durazzo eingetroffen und weitere dreitausend sollen sich auf dem Wege dorthin befinden.

Fürst Mestschersky gestorben.

St. Petersburg, 24. Juli. Fürst Mestschersky, der bekannte Redakteur des „Grashdanin", ist hier am Donnerstag gestorben.

Schon anfangs 1905, Monate vor dem Friedensschluß zwischen Rußland und Japan, rieth der Fürst der russischen Regierung Frieden zu schließen. Er schrieb: „Laßt uns den Heldenmuth haben und vor der Welt unsere Niederlage einzugestehen. Der Friedensschluß wird dem Lande zum Segen gereichen und einen Schiffbruch im Innern verhindern."

Janet Arthur eine Verwandte des Feldmarschalls Earl Kitchener.

Ayre, Schottland, 24. Juli. Janet Arthur, die Kampfsuffragette, die am 8. Juli versucht hatte, das Geburtshaus des schottischen Dichters Robert Burns mit einer Bombe zu zerstören, ist am Freitag von der Polizei als Janet Parker, eine Verwandte des Feldmarschalls Earl Kitchener identifizirt worden.

Die österreichische Gesandtschaft bereit, Belgrad zu verlassen.

Wien, 24. Juli. Baron Giesel von Gieslingen, der Gesandte Oesterreich-Ungarns in Belgrad, ist angewiesen worden, mit dem ganzen Stab der Gesandtschaft um sechs Uhr am Samstag Abend Belgrad zu verlassen, wenn die serbische Regierung ihn bis dahin nicht benachrichtigt habe, daß sie bereit sei, die in der österreichischen Note gestellten Forderungen sofort zu bewilligen.

Regierung geht energisch vor.

St. Petersburg, 24. Juli. — Die Regierung geht jetzt in drastischer Weise vor, um die Streikerkrawalle zu unterdrücken. Während der Anwesenheit des Präsidenten Poincaré von Frankreich waren die Behörden ziemlich nachsichtig, aber sofort nach dessen Abreise wurden vier Gardekavallerie-Regimenter und zwei Kürassier-Regimenter von Krasnoe Selo zur Unterdrückung der Krawalle hierher geschickt. Sie brachten eine Anzahl Maschinengeschütze mit.

Die Behörden geben die Zahl der Streiker auf 135,000 an, man glaubt aber, daß sie viel größer ist.

Der Straßenbahndienst, der 48 Stunden lang unterbrochen war, wurde am Freitag wieder aufgenommen; dies erbitterte die Streiker, die die Cars und ihre Mannschaften mit Steinen bewarfen. Alle Demonstrationen wurden aber von den Truppen unterdrückt.

Die Home Rule Rebellion.

Belfast, 24. Juli. — Daß die Unterhandlungen zur Beilegung der Ulsterer Angelegenheit sich zerschlagen haben, wurde heute dem König formell zur Kenntniß gebracht. Im Hause kündigte der Premier an, daß es der Konferenz nicht möglich war, sich über das Gebiet zu einigen, auf welches die Home Rule Akte keine Anwendung finden soll.

Belfast, 24. Juli. — Die Forderung von Sir Edward Carson und Kapt. James Craigon, daß ganz Ulster von den Bestimmungen der Home Rule Akte ausgeschlossen werde, findet allerseitige Billigung der Geschäftsleute, Bankiers, Fabrikanten und Geistlichkeit, wiewohl allen eine Verständigung willkommen wäre, da die Geschäfte unter der Furcht eines Bürgerkrieges schwer leiden. Man vermuthet, daß der nächste Schritt eine allgemeine Mobilmachung der Ulsterer sein wird, und wenn das keinen Eindruck auf die Regierung macht, so mag eine provisorische Regierung proklamirt werden.

Die kriegslustige Minorität soll die Absicht haben, sich der Zollämter und Postämter zu bemächtigen, was aber die konservativen Elemente nicht gestatten. Belfast wird 10,000 Mann ins Feld stellen, wenn es zum Kriege kommt und eine Armee von 40,000 Mann, die zumeist aus alten Soldaten besteht, sowie mit Maschinengeschützen versehen ist, wird die erste Linie der fliegenden Kolonne bilden.

Beschämendes Zugeständniß.

Dunfries, Schottland, 24. Juli. David Graham Carmichael, ein Seidenimporteur von New York, bekannte sich am Freitag vor dem Countyrichter in Ayr, Schottland, schuldig, einen Messinggriff von einer antiquen Kommode in dem Hause Robert Burns' in Ayr gestohlen zu haben. Er wurde zu $125 Geldstrafe verurtheilt. Charmichael machte zu seiner Entschuldigung geltend, daß er angetrunken gewesen sei und den Griff in diesem Zustand als Souvenir mitgenommen habe.

Verhaftsbefehl gegen Eugenio Paredes erlassen.

Stadt Mexiko, 24. Juli. Am Freitag wurde ein Verhaftsbefehl gegen Eugenio Paredes, den früheren Generalschatzmeister der Republik unter Huerta, erlassen. Paredes wird beschuldigt, Regierungsgelder in Höhe von mehr als zwei Millionen Pesos unterschlagen zu haben. Er soll sich jetzt in Puerto Mexiko befinden.

Inland Telegraph

Eisenbahn-Ueberfälle

Bei St. Louis und Los Angeles

Der 19 Jahre alte Eugene B. Newman von Haverstraw, N. Y.,

Von dem Stadtclerk W. C. Cleary, mit dessen Tochter er durchgebrannt war, erschossen.

Große Feuersbrunst in Jasonville, Ind.

Der angerichtete Schaden beträgt $400,000.

John Schreck, der Col. Roosevelt ermorden wollte, dem Wahnsinn verfallen.

Eisenbahnraub in Californien.

Los Angeles, Cal., 24. Juli. Ein Zug der Southern Pacific Eisenbahn wurde am Freitag Abend bei Chatsworth Station, nördlich von Burbank, von zwei Banditen beraubt, die den Passagieren im Ganzen $337 abnahmen. Die Frauen im Zug wurden nicht belästigt.

Die Banditen verließen den Zug in Hewitt, einer kleinen Station, zehn Meilen nördlich von Los Angeles.

Die Männer in der Car wurden gezwungen, sich in ihren Sitzen zu erheben und ihr Geld in die Taschen der Banditen zu werfen, als sie vorbeigingen.

Eine Sheriffsmannschaft befindet sich jetzt auf der Verfolgung der Banditen.

Ex-Kongreßrepr. James D. Richardson gestorben.

Murfreesboro, Tenn., 24. Juli. — Der frühere Kongreß-Repräsentant James D. Richardson, Sovereign Grand Commander der Scottish Rite Masons von der südlichen Jurisdition, ist hier am Freitag in seiner Wohnung gestorben.

„Becky" Edelson nicht am Hungerstreik.

New York, 24. Juli. „Becky" Edelson, die Anarchistin, die auf drei Monate nach Blackwells Island geschickt wurde, befindet sich nicht am Hungerstreik. Dr. Katherine B. Davis, Commissioner of Corrections, sagt, daß der jungen Anarchistin von anderen Gefangenen heimlich Speisen zugeführt würden, und daß sie sich jetzt in besserem physischen Zustande befinde, als am Tage ihrer Einlieferung ins Arbeitshaus.

Junger Durchbrenner von seinem erbosten Schwiegervater erschossen.

Haverstraw, N. Y., 24. Juli. Eugene Newman, 19 Jahre alt, der am letzten Samstag mit der 18 Jahre alten Anna Cleary, Tochter des Stadtclerks Wm. C. Cleary in Haverstraw, durchbrannte und sich in Weehawken, N. J., mit ihr trauen ließ, wurde am Abend in der Office Cleary's von dem Letzteren erschossen, als er ihn um Verzeihung bitten wollte. Cleary stellte sich dann selbst den Behörden, die ihn unter der Anklage des Mordes nach New City schickten.

Der junge Newman war der Sohn eines der Eigenthümer des Rockland County Messenger.

Große Feuersbrunst.

Jasonville, Ind., 24. Juli. Der Geschäftstheil in hiesiger Stadt wurde am Freitag durch Feuer zum Betrage von $400,000 beschädigt. Es wurden Gebäude mit Dynamit gesprengt, um der Verbreitung des Feuers Einhalt zu gebieten, und es wurden dabei ein Mann getödtet und zwei Männer verletzt.

John Schrant dem Wahnsinn verfallen.

Milwaukee, Wis., 24. Juli. — John Schrant, der im Oktober 1912 einen Versuch machte, in Milwaukee den Col. Roosevelt zu ermorden, wird wahrscheinlich niemals prozessirt werden. Die hiesigen Gerichtsbehörden wurden am Freitag von den Aerzten des Staatszuchthauses in Waufau benachrichtigt, daß sich der Geisteszustand Schranks täglich verschlimmert. Der Mann kann nicht prozessirt werden, bis er für geistig gesund erklärt worden ist.

Mißverstanden.

Polizeiverwalter (zum neuen Polizisten): „Ich begreife nicht, wie Sie den Kerl entwischen lassen konnten! Haben Sie sich denn nicht, wie ich Ihnen sagte, Schellen geben lassen?"

Polizist (weinerlich): „Jawohl, Herr Bürgermeister, fünfe hat er mir gegeben."